

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

63

Zugeszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-III, Oberbismarckstraße 2, L. Fernsprecher: 17 129. * Redaktion: Dresden-III, Oberbismarckstraße 2, L. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 3—5 Uhr. Sonntags von 4—6 Uhr. * Geschäftsstelle: Nr. 13 338 Dresden, Sankt Schlegel 2. * Anzeigenpreis: 10 Pfennige für die Zeile. * Abonnementpreis: 10 Pfennige für die Zeile. * Abonnementpreis für die Familienmitglieder: 5 Pfennige für die Zeile. * Abonnementpreis für die Familienmitglieder: 5 Pfennige für die Zeile. * Abonnementpreis für die Familienmitglieder: 5 Pfennige für die Zeile.

1. Jahrgang

Donnerstag, 9. Juli 1925

Nummer 73

Die SPD. grundsätzlich für Zollwucher!

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 8. Juli hat die SPD. nach der langwierigen, verschleierte Vorbereitung der letzten Wochen mit einem ganz offenen und unbedingten Angebot heraus, die gesamte Zollvorlage zusammen mit den Junkern und Schwerindustriellen zum Verhandeln zu erheben. Der Artikel trägt den Titel „Durchprüfung der Zollvorlage“, und stellt zunächst deutlich fest, die Parole der Zollinteressenten heiße „Eile und nochmals Eile. Diskussionen würden als Verzögerung betrachtet, die sachlichen Argumente und Gegengründe prallen an dem Wall der Schweigenspolitik ab, die Deutschnationalen wollen möglichst schnell die in Sicherheit bringen, die parlamentarische Arbeit habe sich bereits mit der Regierung geeinigt, der Sozialist solle angenommen werden „so wie er ist“.

Nach dieser von den Kommunisten immer wieder betonte Ausschließlichkeit des parlamentarischen Redaktionskomitees schwenkt der „Vorwärts“ plötzlich zu der Frage der Zollverhandlungen und Zollverträge mit den auswärtigen Staaten ab und erklärt mit aller Offenheit:

„Sehen wir den Fall, das Zustandekommen von Verträgen wäre wirklich das einzige oder auch das hauptsächlichste Mittel zur Erreichung der Sozialdemokratie. In keiner Beziehung wäre auch die Sozialdemokratie an den Verhandlungen beteiligt. Sie hat die grundsätzliche Frage des Handels oder Schutzes in diesem Augenblick nicht aufgenommen. Sie strebt die Verbesserung der deutschen Erzeugnisse, die sie nicht nur als die anderen Parteien. Sie erkennt die Notwendigkeit der Ausfuhrsteuerung und will ihr dienen. Sie gibt zu, daß der alte Zolltarif nicht mehr der Eile enthält, die seine Eignung als Verhandlungsinstrument beeinträchtigt. Sie ist bereit, dort, wo durch die planmäßige Aufhebung der Einfuhrverbote bestimmte Industriezweige in Gefahr kommen können, gewisse Zölle einzuführen. Sie will nur auch in der Praxis den Grundgedanken der Zollfreiheit hin im Interesse der deutschen Wirtschaft anerkannt sehen und stellt ebenso wie die internationalen landwirtschaftlichen Sachverständigen die Berechtigung von Agrarzöllen in Abrede in einem Zeitpunkt, wo die Agrarfrage nur eine Nebenfrage ist, hervorgerufen durch die mangelnde Kaufkraft der mitteleuropäischen Nationen.“

„Wollte man wirklich nur einen Zolltarif, der unserer Ausfuhr zünftige Verträge ermöglicht, so könnte man ihn mit unserer Hilfe erhalten.“

Nach diesem entscheidenden Satz, dem direkten Angebot an einem Kompromiß, das an der Zollvorlage praktisch unbedeutende Änderungen bringen würde, nach diesem durch das Argument der „notwendigen Zollverträge“ kaum verhaltenen Angebot an die Regierungsbürokratie schließt der „Vorwärts“-Artikel mit dem Bedauern: Da man „unsere Mitarbeit“ nicht gebrauchen kann, „und wir gezwungen, in die schärfste Opposition zu treten.“ Die Regierung und die Regierungsparteien werden dies Angebot sehr gut verstehen.

Aber die Arbeiter auch! Die Sozialdemokratie will also die Zahlung der sich steigenden Zölle ermöglichen und bietet der Bauernschaft wieder die Hand, um gegen einige Ministerfesseln die Haut des deutschen Arbeiters zu verschandern. Die SPD. ist nur gegen die harten Mindestsätze des Agrarzolls, aber sie ist für bewegliche Vertrags- und Berechtigungsätze, die nach unten und oben schwanken können, je nach der gegebenen „Notwendigkeit!“ Und diese „Notwendigkeit“ hat die SPD. mit dem Dampfsack begründet! Den Arbeitern wird so von der SPD. selbst jede Illusion zertrümmert. Es ist Wahnsinn, parlamentarisch den Kampf gegen den Wucher zu führen. Der Kampf muß im Betrieb und auf der Straße entbrennen.

Demonstriert gegen den Zollwucher! Zeigt dem Reichstag eure Willensäußerung durch Resolutionen, schickt diese an die SPD-Fraktion! Zwingt den DNGB, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zollwucher zu zerreißen! Fordert Streik gegen den Zollwucher!

Die Auseinandersetzung im Landtag

Eine Lehre für die Arbeiterklasse.

Die Auflösung des Landtages ist, wie vorauszu sehen und nach dem, was gestern früh schon bekannt war, abgelehnt worden. Trotzdem bleiben die Vorgänge bei dem Ringen um die Auflösung immerhin sehr lehrreich für die schlesische Arbeiterklasse. Die wichtigsten Feststellungen, die aus der Debatte hervorgehen, sind folgende: 1. Die Linken setzten sich trotz aller angeblichen Feindschaft mit den Rechten zu einer vollständigen Verständigung bereit. 2. Die unter Zustimmung des gesamten Landtages erfolgte Erklärung des Demokraten Senfert: Die Kommunisten sind die gefährlichsten Feinde der bürgerlichen Gesellschaft, deswegen müssen sie schonungslos bekämpft werden. Diese ihre Hauptaufgabe hat die Regierung erfüllt. 3. Die scharfe Ablehnung der Einheitsfront des revolutionären Proletariats durch den „Linken“ Arzt um der Einheitsfront mit den Verrätern am Proletariat willen. Dann aber noch das besondere Bekenntnis des Volksparteilers Blüher, daß das Bürgertum ohne die Unterstützung der Sozialdemokraten nicht auskommen vermag.

Wir müssen zuerst feststellen, welche Motive den Anträgen auf Auflösung jetzt zugrunde liegen. Für die „Linken“ war der Antrag in der Hauptsache ein parteipolitisches Manöver. Der Beschluß des Parteivorstandes, den Sachkonflikt durch die Auflösung des Landtages zu erledigen, war der Ausgangspunkt. Die Linken glaubten damit einige Positionen gewinnen zu können, und sie waren bereit, diese vorübergehenden Erfolge zu erkaufen mit der freundschaftlichen Wiederaufnahme der Rechte in ihre Reihen. Man muß bei einer solchen Stellungnahme berücksichtigen, daß die gesamte Position, die die Linken in ihrer Partei gewonnen, auf ihrem „Kampf“ gegen die 23 beruht. Nur die immer wieder groß ausgemachte Auseinandersetzung der 16 mit den 23 gewann den ersten die Sympathien der sozialdemokratischen Arbeiter, weil diese glaubten, die Linken wollten endlich eine andere Politik wie die Regierungslente. Der Kampf, der von den Linken gegen die 23 geführt wurde, nahm dabei im Landtag immer mehr die Form der persönlichen Auseinandersetzungen an. Bei der Beratung über die Gemeindeordnung rief Beihle Liebmann zu: „Du Schlenker!“ und Liebmann antwortete darauf: „Du Zuhälter hast überhaupt nichts zu reden!“ Der Bezirksvorstand aber, dem dieser Liebmann angehörte, war der erste, der die Erklärung abgab, er wolle gegen die Wiederaufnahme der 23 keinen Einspruch erheben. Bedeutete diese Erklärung einen Sieg der Linken? Nein, sie war die eine Seite der Unterwerfung unter den Parteivorstand und damit unter die Politik der Rechten.

Was trennt den Parteivorstand von den 23? Politisch nichts. Die SPD. unterstützt indirekt die Regierung Luther. Sie ist in Preußen dabei, eine Regierung mit den Deutschnationalen einzugehen. Sie versucht, im Reich dieselbe Regierungscoalition einzugehen. Die Bedeutung dieser Verträge liegt darin, einen Block aller konterrevolutionären Parteien gegen die Kommunisten herzustellen.

Das Ganze ist eine neue Rettungsaktion für das Bürgertum. Der deutsche Kapitalismus ist innerlich hoff und verzweifelt. Seine bisherigen Sanierungsversuche sind nur ein kleiner Teil dessen, was noch geschehen müßte, um zu einer vollständigeren Festigung zu kommen. Die ständig steigenden Ausgaben machen die Restauration noch schwieriger. Immer neue und größere Lasten müssen auf die Arbeiter abgewälzt werden. Die jetzt in Aussicht stehenden Zölle und Steuern sind noch nicht das Letzte. Schon allein Sachsen ist gezwungen, um im nächsten Jahre ohne Kredit auszukommen — bis jetzt beträgt dieses 394 Millionen, das aber im nächsten Jahre durch die Herabsetzung der Reichszuschüsse noch um ca. 35 Millionen steigt —, eine stärkere Anspannung der Steuerfahne vorzunehmen. Dazu kommt die letzten wieder steigende Zahl der Betriebsstilllegungen und das noch ständig über den Häuptern schwebende Damoklesschwert der neuen Inflation. Teuerung und Arbeitslosigkeit sind die Früchte der Sanierungspolitik des Bürgertums für die Arbeiter. Die treuesten Gehilfen bei der Durchführung einer solchen Politik waren und sind die Sozialdemokraten in Sachsen und im Reich. Wenn nun die Linken danach streben, mit den Vertretern dieser Politik ohne Differenzen in einer Partei zu sein, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie sich bereit erklären, eine solche Politik praktisch zu unterstützen. Wenn der Parteivorstand den Linken in Sachsen jetzt einen Schritt entgegenkommt, dann tut er es deswegen, um diese damit unter seiner Oberhoheit zu binden und die Schwierigkeiten, die sich von Sachsen aus für eine Regierungsbildung mit den Deutschnationalen in Preußen ergeben könnten, zu beseitigen. Der Widerstand der Rechten, die natürlich dabei ihre Mandate verloren hätten, hat die Absichten des Parteivorstandes durchkreuzt. Die Tatsache aber, daß die Linken bereit waren, mit dem Parteivorstand zu gehen, zeigt den Arbeitern erneut, daß sie mit dem Kampf um die Einheitsfront um ihre Interessen kämpfen können, ohne jemals aber auch, daß man die Sozialdemokratische Partei nicht revolutionieren kann. Die SPD. gehört zum Bürgertum.

Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit

60 000 Bauarbeiter ausgeperrt

Seitern haben die schlesischen Bauunternehmer 60 000 Bauarbeiter ausgeperrt!

Generalfreitag der Berliner Bauarbeiter

Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer gestern abend tagenden Generalversammlung des Bauarbeiterbundes, Baugewerkschaft Berlin, wurde gegen zwei Entschlüsse beschlossen, Freitag früh in den allgemeinen Streik einzutreten. Die Abstimmung hat ein Verhältnis von 7 zu 1 für den Streik ergeben. Die Berliner Bauarbeiter haben ebenfalls den Schiedspruch abgelehnt und ihre Kampfmaßnahmen getroffen. Die gestrige Mediations-Versammlung lehnte den Schiedspruch, der anstatt der geforderten 30prozentigen Lohnerrhöhung eine Stundenlohnzulage von 8—11 Pf. vorsieht, ab. Der Spruch sollte bis 11. Oktober Geltung haben.

Der Kampf in der Metallindustrie

Die Vertrauensmänner des DNGB. im Sachsenwert haben einstimmig beschlossen, eine 20prozentige Lohnerrhöhung von der Direktion zu fordern.

Vertrauensleute aller Betriebe! Schlicht euch dieser Forderung an!

Leipzig. Bei den gestern stattgefundenen Verhandlungen zum Streik der Metallarbeiter in Leipzig machten die Industriellen folgende Zugeständnisse: Nacharbeiter über 23 Jahre erhalten einen Einkunftslohn von 74 Pf., nach 6 Wochen erhält der Durchschnittsarbeiter 82 Pf. Die Arbeiter, die bereits einen Lohn von 75 bis 81 Pf. haben, erhalten 7 Pf. Zulage, diejenigen, die 82 Pf. und darüber haben, 6 Pf. Zulage. Nur die übrigen Gruppen erhöhen sich die Sätze prozentual. Die Arbeiter sollen 77 Pf. beitragen. Heute werden die Arbeiter in Versammlungen dazu Stellung nehmen.

8-Stundentag zurückerobert!

Eibefeld. Der 400 Mann starke Belegschaft der Metallfabrik Eibefeld ist es gelungen, den 8-Stundentag zurückzuerobern. Die Belegschaft konnte es durchsetzen, da den Unternehmern der Beschluß der letzten Mitgliederversammlung des DNGB. nur 8 Stunden zu arbeiten, in die Knochen gefaßt ist.

Sollingen. Für die Metallindustrie des ungenen Kreises Sollingen wurde ein Schiedspruch gefällt, der das Lohnabkommen vom 16. Februar in den Zeitsätzen um 6 Prozent

erhöht. Das Abkommen soll erstmalig am 20. September kündbar sein. Die Arbeiterklasse lehnt es ab, da es den offensichtlichen Zweck verfolgt, die Lohnbewegung im Solinger Industriegebiet von der in der übrigen Metallindustrie abzutrennen.

Dresden. Die Arbeitgeber der sächsischen Weinglas-Industrie haben die Ausperrung sämtlicher Arbeiter — 7000 Mann — wegen Lohnhöhen beschlossen.

Gera. 1000 Webereiarbeiter sind wegen eines Streiks der Stuhlmacher um höhere Löhne ausgeperrt worden.

Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiter des Berliner Großhandels sind heute wegen Lohnhöhen in den Streik getreten.

Mannheim. Die Sattler und Tapezierer der Firma Benz (Auto) haben, nachdem ihnen 20 Prozent Lohnerrhöhung verweigert wurden, nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. Der sozialdemokratische Betriebsrat, der die Belegschaft nicht daran gehindert hat, soll entlassen werden.

Saarbrücken. Sämtliche Bergarbeiterorganisationen haben den Lohnstreik vom 15. Januar gelündigt und in Folge der täglich wegen der Franken-Einstwertung ungeheuer teure steigenden Teuerung Lohnerrhöhungen gefordert.

Freiburg. Die Verbände der Zimmermeister, Gipser- und Stuckateurmeister Baden und Württemberg haben sich den Bauunternehmern angeschlossen und ihre Arbeiter ausgeperrt.

Die Amnekkie wird verschleppt!

Die „Politische Zeitung“ berichtet, daß die Hindenburg-Amnekkie erst nach den Sommerferien des Reichstags behandelt werden soll. Bisher hat der Reichstag noch „Juniel“ Arbeit zu erledigen; die Zollvorlage muß angenommen, dem Sicherheitspakt zugestimmt werden und da bleibt wirklich keine Zeit übrig für die Amnekkie, die im Loch sitzen, die letzte Konferenz der Ministerpräsidenten konnte sich auch nicht mit der Amnekkievorlage beschäftigen, insbesondere die Einsetzung Deutschlands in den Konzern der imperialistischen Räuber auf der Tagesordnung stand.

So aber die Bourgeoisie wollen, wird im Herbst die Amnekkievorlage im Reichstag behandelt werden. Bis dahin müssen sich die Proleten, die Frauen und Kinder noch gedulden, denn der Streik und der Kampf gegen Sowjetrußland sind doch viel wichtiger!

Oder glaubt ihr etwa, daß ohne Massenstreik aller Arbeiter nicht die unendliche Güte der Hindenburgregierung die proletarisch-politischen Gefangenen sofort in Freiheit gesetzt werden? Arbeiter, brüllt es den Ausbeutern in die Ohren:

Wir fordern Amnekkie für die politischen Gefangenen!